

Kein Ende im Streit um Reichenauer Fußballplatz

BM Oppitz-Plörer lehnt die Idee einer Teilung des Genehmigungsverfahrens ab. Senat kontert Amtshaftungsklage eines Anrainers mit einem Anwalt.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Eine Bauverhandlung Anfang August und ein sehr kurzfristig vorgelegtes lichttechnisches Gutachten. Mehr brauchte es nicht, um den seit Monaten schwelenden Streit zwischen der Stadt Innsbruck und Anrainern des Reichenauer Fußballplatzes von Neuem anzufachen. Wie mehrfach berichtet, will die Stadt die Anlage vergrößern. Einerseits, um einer bereits angekündigten ÖFB-Normgrößenänderung für Cupspiele Rechnung zu tragen, andererseits um von Natur auf Kunstrasen umzustellen. Zeitgleich soll auch eine Flutlichtanlage installiert werden.

Neben Bedenken zum Kunstrasen geht es den Anrainern, die sich unter der Initiative „gegenflutlicht.at“ formiert und noch im vergangenen Jahr – nach Eigenangaben – 350 Unterschriften gegen das Projekt der Stadt gesammelt haben, in erster Linie darum, das Flutlicht in diesem Wohnviertel zu verhindern. Sie befürchten durch die erweiterte Anlage



Eine verwaiste Schotterwüste: der Reichenauer Fußballplatz.

Foto: Böhm

mehr Belästigungen durch Lärm und Licht. Ein erster Versuch der Stadt, das Projekt umzusetzen, scheiterte kläglich. Nach Anrainer-Einsprüchen hob das Landesverwaltungsgericht den ersten Baubescheid der Stadt wieder auf und verhängte einen Baustopp. Die Stadt holte die fehlende Flächenwidmung nach, das Land gab nach langem Überlegen seinen Sanktus.

Die bereits erwähnte Bauverhandlung Anfang August endete mit keinem Bescheid. Vielmehr musste den Anrainern – wegen des lichttechni-

schen Gutachtens – eine Fristerstreckung im Parteieingehör eingeräumt werden. Denn die Frage der Licht-Emissionen ist laut der Aufsichtsbehörde im Land im städtischen Bauverfahren abzuhandeln, wie Planungsstadtrat Gerhard Fritz (Grüne) sagt. Es ist zu erwarten, dass die Anrainer ein Gegengutachten einbringen werden. Die Flutlichtanlage selbst wurde derweil von sechs auf vier Masten reduziert.

Um nicht noch mehr Zeit zu verlieren – schließlich sind die Reichenauer Fußballer durch

den Baustopp vorerst heimatlos –, würde Fritz einen anderen Weg einschlagen. Von Seiten der Beamtschaft im Magistrat soll die Idee gekommen sein, das Bauverfahren zu teilen. Einmal für den reinen Sportplatz und einmal nur für die Flutlichtanlage. „Das ist ein gescheiter Vorschlag, weil der Sportplatzbescheid dann in Kürze rausgehen könnte.“ Und für die Flutlichtanlage bestünde noch Zeit für Diskussionen mit den Anrainern.

BM Christine Oppitz-Plörer (FI) hält davon nichts: „Ich befürworte eine Teilung nicht, weil das alles ein wohlüberlegtes und begründbares Gesamtprojekt ist.“ Das Verfahren gehöre „konsequent und sachlich abgewickelt“. Sie rechnet in der dritten Septemberwoche mit einer neuen Bauverhandlung.

Die Projektgegner um ihren Sprecher Leonhard Pertl waren am Wochenende für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Pertls eingebrachte Amtshaftungsklage gegen die Stadt will der Stadtsenat kontern: Einstimmig wurde ein Anwalt damit beauftragt.

Kommentar zum TT-Beitrag von der Initiative „gegenflutlicht.at“:

- 1.) Hunderte Nachbarn befürchten nicht „mehr Belästigungen“, sondern fürchten zu Recht schlichtweg um ihre **Gesundheit**. Ein bereits vorliegendes **Lärmgutachten beweist** nämlich, dass beim aktuell geplanten Vorhaben **definitiv eine Gesundheitsgefährdung gegeben ist**.
- 2.) Zwischenzeitlich wurde die Flutlichtanlage nicht von **6 Masten auf 4 reduziert**, sondern im Gegenteil **von 4 auf 6 Masten erhöht!** Laut Planung haben sie eine Höhe von 18 m (!!) und sind damit so hoch wie ein 6-stöckiges (!!) Gebäude.
- 3.) Ob das aktuelle Konzept, welches nachweislich zu massiven Gesundheitsschäden führen kann (**und bereits in der Vergangenheit zu Gesundheitsschäden geführt hat**), **„wohlüberlegt und begründbar“** ist, liegt hier auch nur im Auge all jener, welche über den vorhandenen Nachweis über die Gesundheitsgefährdung von hunderten Menschen (**noch**) keine Kenntnis bekommen haben.

Initiative: „gegenflutlicht.at“

Die Skepsis wächst mit jedem Behörden-Fehler

Von Manfred Mitterwachauer

Die Stadt Innsbruck und die Gegner der geplanten Flüchtlingsanlage am Reichenauer Fußballplatz werden ihren Streit nicht an einem Verhandlungstisch beilegen. So viel ist sicher. Vielmehr werden in den kommenden Monaten wieder die Gerichte das Wort haben und letztlich den Schiedsrichter spielen. Zu verhärtet sind die Fronten. Die Leidtragenden sind jene 230 Nachwuchs- und 36 Kampfmannschaftsspieler vom Kindergartenkind bis hin zum Erwachsenen, die seit Monaten von der Reichenau aus auf der Suche nach alternativen Spielstätten quer durch die ganze Stadt tingeln müssen. Übrigens Fußballbegeisterte aus 14 Nationen – ein gelungenes Beispiel an gelebter Integration. Eines, das nun an einem erbittert geführten Rechtsstreit zu zerbrechen droht.

Maßgeblich zur Eskalation beigetragen hat ein auf rechtlich tönernen Füßen stehender



Lesen Sie dazu mehr auf Seite 10

manfred.mitterwachauer@tt.com

Baubescheid der Stadt. Einer, den das Landesverwaltungsgericht zu Recht in der Luft zerriss. Denn ein seit Jahren geplantes Erweiterungs-Projekt lediglich mit einer „baulichen Anlage vorübergehenden Bestandes“ zu begründen, war – gelinde gesagt – kühn. Zumal bereits zum damaligen Zeitpunkt die massive Gegnerschaft bekannt war. An deren Spitze der ehemalige Polit-Intimus von BM Christine Oppitz-Plöerer, Leo Pertl, steht. Und auch dass sich mit Eugen Sprenger ein Ex-Vizebürgermeister unter den Gegnern findet, nahm keinen Zündstoff aus dem Konflikt.

Egal ob Reichenau, Grassmayrkreuzung oder auch das Flüchtlingsheim in der Brunecker Straße – gleich reihenweise kippten in jüngster Zeit die (Höchst-) Gerichte Bescheide von Stadt und Land. Oft drängt die Zeit, mitunter will man lästige, aber auch teils überschießende Gegnerschaft vor vollendete Tatsachen stellen. Dass sich da der Verdacht aufdrängt, Fehler würden bewusst in Kauf genommen, liegt nahe. Politik wie Behörden lernen nicht dazu. Mit jedem mangelhaften Bescheid potenzieren sich Skepsis und Widerstand. Ob letzterer im Einzelfall gerechtfertigt ist oder nicht, ist dann nur noch Nebensache.

Es sind nicht „Fehler“, die beim oben angeführten Projekt (die Liste kann im Übrigen noch problemlos erweitert werden) „passieren“. Ganz gezielt werden offensichtlich und systematisch Methoden des politischen und behördlichen „Drüberfahrens“ verwendet, um die legitimen Interessen von Menschen (hier z. B. der Gesundheitsschutz von hunderten Anwohnern) einfach auszuschalten. Denn nur durch eine große Portion Zivilcourage und finanzielle Mittel ist es möglich, sich vor Gericht(en) das Recht erkämpfen zu können.

Wer aber kann das schon?

Wie viele Menschen sind schon vor einer solchen „politischen und oder behördlichen Allmacht“ eingeknickt bzw. konnten sich gar nicht richtig zur Wehr setzen? Jedes einzelne verlorene Gerichtsurteil der Stadt ist in Wahrheit eine Riesenschande, gerade dann, wenn der Bauwerber ein öffentliches Unternehmen oder die Stadt selbst ist. Jeder weiß doch, dass hier Prozesse/Verfahren einfach auf Kosten der Steuerzahler geführt werden bzw. geführt werden können! Die Menschen, die sich zur Wehr setzen (müssen), sind gezwungen, aber alles selbst aus der eigenen Tasche zu bezahlen.

... und zum wiederholten Male:

Was haben Kinder/Integration/etc. mit dem geplanten Training von Kampfmannschaften zu nächtlichen Stunden zu tun ?? NICHTS, NULL, NADA !!!

Es nervt wirklich, immer wieder über diesen völlig falschen Vergleich lesen zu müssen.